

uni-report

Johann Wolfgang Goethe - Universität Frankfurt

Nr. 5 — 2. Jahrgang

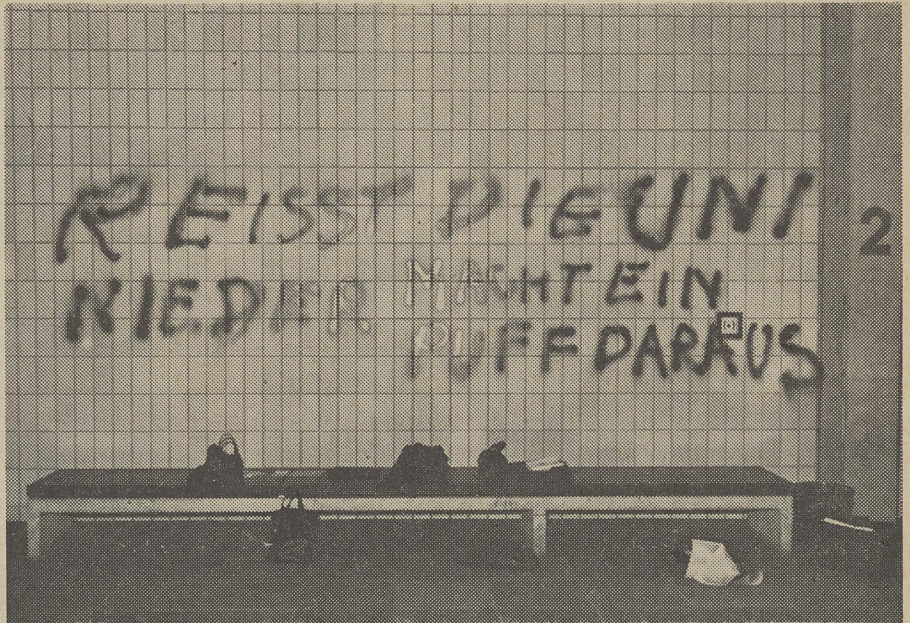
16. Juni 1969

Sauermann- Dokumentation

Seite 6

Studienjahr in Frankfurt

Seite 7



Hochschulreformpläne ...

Foto: Archiv

Über die Methoden der sogenannten APO

Vorbemerkung: In der folgenden Zusammenstellung soll niemand verteufelt werden. Es geht auch nicht darum, irgendeiner Gruppe „eins auszuwischen“. Es muß nur festgestellt werden: Bestimmte Gruppen lassen sich gerne als „die kritischen Schüler, Studenten, Lehrer“ bezeichnen. Nur wer zu ihnen gehört, ist freiheitlich, demokratisch, antiautoritär, sozialistisch, kritisch usw. (Es gibt aber vielleicht hier und da außerhalb der eigenen Rel-

hen noch einen „potentiellen Genossen“, der ihnen in seinen Gedanken und Zielen verbunden ist.)

In dieser Zusammenstellung soll auch keineswegs Fehlerhaftes im derzeitigen Schul- und Universitätsbetrieb abgestritten werden. Der bescheidene Beitrag möchte nicht Ursachenanalyse sein, vielmehr soll im Sinne der Überschrift nur über Methoden der „APO“ gehandelt werden.

Der populäre Aufhänger

Zu Beginn einer Aktion muß ein Unbehagen, das am Einsatzort vorhanden ist, ausgenutzt werden. (Mitbestimmung in der Schule, Erhöhung der Semesterzahl für Pädagogikstudenten, gewaltsame Exmatrikulation nach einem bestimmten Semester.) „Wir sind bereit, alles zu ändern, wir sind die einzigen, die eure Belange vertreten können und wollen.“ (Wieviel daran echt oder geheuchelt ist, kann man aus einer Meldung der „AStA-Information“ Frankfurt nach dem dortigen Streik an der Abteilung für Erziehungswissenschaften sehen. Da heißt es: „Der Streik der Soziologen, dem sich auch andere Fakultäten angeschlossen haben.“ Man hatte den „Streik“ angezettelt — angeblich, um den AFe-Studenten zu helfen, ihre Semesterzahl zu erhöhen! Sind die Massen erst einmal solida-

riert, wird der Streik im eigenen Sinne umfunktioniert; ein Student, der für ein gutes Ziel eintreten wollte, erfährt nun auf einmal, daß er gegen den „Polizeistaat BRD“ aufgestanden ist, daß er die Universität zu zerschlagen bereit ist — es wäre zu spät, dann noch dagegen zu protestieren, das habe man nicht gewollt.) Aufhänger der Diskussion: immer ein hochaktuelles, sachliches Thema.

Radikaler Idealismus

So könnte man die Haltung nennen, aus der sie handeln. Alles oder nichts ist die Parole. Nie Kompromisse schließen! Höchstens aus taktischen Gründen. „APO“-Leute sind von ihrer Idee, die Welt verändern, die bestehenden Ordnungen zerschlagen zu müssen, fest überzeugt. Sie

setzen alles, auch an privaten Kräften, für dieses Ziel ein. Einzige Gefahr für diese Gruppen sind Studenten oder Schüler, die sich mit gleicher Kraft für ähnliche oder andere Ziele einsetzen, Leute, die zum (wirklich!) kritischen Denken und Handeln kommen.

„Wir für die anderen“

Sie erheben den Anspruch, für die „armen, dummen anderen“, für die Nichtstuer und Desinteressierten zu sprechen und zu handeln. Sie vertrauen darauf, daß die anderen sich zu fein dünken, „schlimme“ Methoden anzuwenden, zu dumm sind, ihnen geistig zu folgen, zu faul, sich zu organisieren, zu uninteressiert an „politischen“ Fragen (die seitherige Erfahrung gibt ihnen meist recht). Ihre Meinung von den „anderen“: Sie werden sich lieber auffressen lassen, als daß sie sich wehren; solche Leute sind leicht zu leiten, man muß ihnen nur fest und kompromißlos gegenüberstehen. — Alle Mittel sind erlaubt, wenn es darum geht, andere zu solidarisieren oder auszuschalten. — Nie darf eine Abordnung von Studenten oder Schülern mit der „Administration“ verhandeln: Das ist Sache aller Schüler, aller Studenten; nur auf Vollversammlungen darf mit ihnen darüber geredet werden. So machen sie sich zum Sprecher, nicht aber zum Vertreter aller. Den anderen werden falsche Alternativen vorgelegt: entweder Nazistaat oder wir — entweder Polizei in der Universität („Bullen“) oder wir — entweder Unterdrückung in der Schule oder Hilfe durch unsere Gruppe. Das kann man vor allem dort tun, wo andere Gruppen keine Alternativen bei der Hand haben, wo sie erst verhandeln müssen. — Sie möchten gerne negativen Respekt, Angst, Unsicherheit unter den übrigen verbreiten. Ihr Vorsprung liegt u. a. in ihrer guten Information, die gegenüber den anderen als Abstand gehalten werden muß. Die Schüler oder Studenten müssen erst einmal über ihren furchtbaren Zustand oder über die schlimmen Taten des „Establishments“ unterrichtet werden. Hat man keine Informationen, so schafft man welche (z. B. durch Provokationen: In der Universität ist eine Bombe versteckt, oder: Schlimme Schlägereien sind in der Universität im Gange — Schicken Sie sofort die Polizei usw.). Übertreibungen sind hier an der Tagesordnung.

Sie versuchen meist, in der Öffentlichkeit ein Bild guter Solidarität zu geben und damit für sich einnehmend zu wirken. — Wird ein Mitglied der Gruppe eines Fehlers, einer Unwahrhaftigkeit oder eines Vergehens überführt, so findet sich sofort ein größerer Kreis zur Verteidigung ein: „Der hat das bestimmt nicht so gemeint“ — oder: „Die Herren tun ja so, als ob sie keine Fehler hätten.“ Hinzu kommt freches Leugnen und Umdeuten von Tatsachen. Sagt jemand die Wahrheit über sie, wird er eingeschüchtert. Man schreit ihn nieder, man bezichtigt sich selbst der schlimmsten „Verbrechen“ („ja wir sind Revoluzzer, Rädelsführer usw.“), um die eigene Harmlosigkeit herauszustellen (der Hörer muß denken: so schlimm sind die ja auch nicht — hier übertreiben die anderen). Meist aber zeigt man sich über Angriffe entrüstet und tief beleidigt, man beschwert sich, man sei als Rädelsführer verschrien worden, wo man doch nur für alle das Beste wolle. Wer etwas gegen sie aussagt, soll derart erschreckt, eingeschüchtert werden, daß er sich schuldig fühlt und am liebsten um Vergebung betteln möchte. Die Solidarität der Gruppe geht so weit, daß bis hin zu Gerichtsverhandlungen der einzelne niemals isoliert werden darf; alle treten für ihn ein, funktionieren jede Frage an ihn um, scheuen kein Mittel, um die Gegner ins Unrecht zu setzen. Es ist bewundernswert, wie sie sich füreinander einsetzen. Hier ist positiv anzumerken: Häufig findet man in ihren Kreisen die hilfsbereitesten Menschen. Die Hilfsbereitschaft über die eigenen Kräfte hinaus, entspringt dann utopischem Idealismus. Andererseits ist der persönlich angesprochene einzelne (ohne Rückendeckung der Gruppe) feige und ängstlich (verweigert Namensnennung, Reporter werden Fotoapparate weggerissen; Notizblocks sind schon verdächtig, Angst bis zur Polizeihysterie).

Methoden, sich durchzusetzen Wie gewinnt man die Massen?

Eigene Leute müssen bedingungslos vom heutigen Programm überzeugt sein.

Direktdemokratie muß in den eigenen Gruppen durchgeführt sein, damit man

immer die unzufriedenen Kräfte oben hält, nie ein neuer „Vorstand“, ein neues Establishment sich bilden kann,

damit die „Gegner“ nie wissen, mit wem sie es zu tun haben (es gibt keine „Verantwortlichen“). Handelnder ist immer die Gruppe. Man kann sie nie greifen; soll einer für etwas festgenagelt werden, kommt ein anderer und behauptet, das sei nie gesagt worden oder er sei nicht berechtigt zu verhandeln. Wer sich darüber beschwert und nur mit demjenigen oder mit den vereinbarten Leuten, nicht aber mit den für den Augenblick entsandten verhandeln will, weil er bestimmte eingeladen hat, wird des Formalismus bezichtigt: Man kann ihm sofort seine Boshaftigkeit nachweisen.

Man veranstaltet Massenversammlungen, weil hier die Agitation leichter ist. Das **Teach-in** ist nicht etwa eine kritische Diskussion: Hier wird vom vorbereiteten Redner den Gekommenen (natürlich ohne daß diese es merken sollen) der Standpunkt der eigenen Gruppe agitatorisch klagemacht (nicht etwa wird über den wahren Sachverhalt informiert); niemand soll es wagen können, etwas gegen den Standpunkt der Gruppe zu sagen. Beifall, rhythmisches Klatschen, Sprechchöre heizen die Masse auf und schreien etwaige Gegensprecher nieder. Es darf keine neutrale, sachliche Atmosphäre aufkommen. — Wenn die eigene Gruppe müde zu werden beginnt oder die Anhänger unzufrieden werden, müssen **Aktionen** sie halten. Man veranstaltet z. B. ein **Go-in** (zur Ersatzbefriedigung). Solche Aktionen dienen der neuen Solidarisierung, sind zugleich Provokation und Einschüchterung der übrigen. Anlaß ist irgendein Unbehagen, das man aufgreift, um den Leuten die Augen zu öffnen, z. B. über das schlimme Treiben eines Ministers, über eine Zeitung o. ä. Man verhält sich provokativ (oft auch gewalttätig), kündigt Aktionen meist vorher an, um sowohl die „öffentliche Meinung“ wie vor allem Polizei und Administration zu provozieren, Fernsehen und Presse auf sich aufmerksam zu machen. Sie brauchen Publizität (kritische Beobachter haben bemerkt, daß es nie zu einer solchen Eskalation der Gewalttätigkeit gekommen wäre, hätten nicht Fernsehen und Presse die Leute derart publik gemacht). Hierbei ist die Hilfe von auf Gewalttätigkeit oder Gemeinheiten spezialisierten Gruppen willkommen (Schlägerbanden, „Rockers“; dann gibt es Parolen wie in Göttingen: Vergewaltigt die Frauen und Töchter der Ordinarier. Der eigene „Proleten“-Standpunkt wird durch massive Obszönitäten unterstrichen). Eine gute Zusammenstellung über die Gewalttätigkeit gibt der „Spiegel“ Nr. 7/69. Man handelt möglichst genau irgendwelchen Anordnungen zuwider, z. B. wenn vom Rektor verfügt wird, bei Störungen müsse notfalls die Polizei gerufen werden, damit der Lehrbetrieb aufrechterhalten bleibe, braucht man nur mit 3 bis 5 Leuten den Hörsaal zu betreten und zu sagen: „Herr Professor, wir stören Sie, Sie müssen jetzt die Polizei rufen.“ Tut das dann einer, schreit man entrüstet nach der Methode: „Haltet den Dieb!“

Neben der Provokation soll die Gewalt alle potentiellen Gegner einschüchtern.

Man hat rechtzeitig dafür gesorgt, daß überall eigene Leute oder Artverwandte in den Schlüsselpositionen sitzen, die den Einstieg erleichtern (AStA, VDS, SMV, Fachschaft usw.) — bis hin zu den Publikationsmitteln, wo überall Vertrauensleute zu finden sind.

Massenpsychosen müssen erzeugt werden, in sog. Vollversammlungen; so kann es sich bei „Personalmangel“ ereignen, daß an einer Universität eine bestimmte Gruppe jeden Abend in einer anderen Vollversammlung auftritt, um sie in ihrem Sinn umzufunktionieren und aufzuheizen, ohne daß die übrigen Studenten das merken!

Wenn die Gruppe in der Schule oder Universität nicht stark genug ist, muß sie durch Leute aus anderen Schulen oder Städten oder Universitätsorten aufgefüllt werden, Studenten „helfen“ Schülern und umgekehrt.

Bei Massenveranstaltungen tritt die Gruppe möglichst geschlossen auf, meist versammelt man alle in der Nähe des Mikrofons oder des Rednerisches, von wo aus man leicht durch Beifall, Buhrufen, Sprechchöre, Albereien den Ablauf stören kann, wenn nicht zunächst durch Sitzen in kleineren Gruppen zwischen den „anderen“ deren Solidarisierung untereinander verhindert werden muß.

Die Steuerung der Massen ist natürlich nur durch gut-geschulte Redner zu erreichen.

Mit dem Fangwort „sozialistisch“ gelingt es meist, dem Sozialismus nahestehende Kreise anzulocken. Wenn dann einer merkt, daß hier kein Sozialismus, sondern blinder Faschismus herrscht, ist es zu spät: Man hat seine Unterschrift, seine Stimme bei der Abstimmung usf.

Wie funktioniert man eine Versammlung im eigenen Sinne um?

Wenn eine sachliche Diskussion im Gange ist, muß so lange diskutiert werden, mit Ausnutzung aller formalen Methoden und Winkelzüge, bis es der Mehrheit der Teilnehmer zu langweilig wird, sehr viele abgewandert sind und möglichst Entscheidungsunfähigkeit erreicht ist. Bei kleineren Gruppen: Man macht eine Pause, läßt die Leute hinausgehen, hält die eigene Mannschaft im Raum, stimmt während der Pause ab und stellt die Zurückgekommenen vor vollendete Tatsachen.

Eine Versammlung muß aufgepeitscht werden durch emotional vorgebrachte Bösartigkeiten der „Gegner“ (was z. B. in Berlin Furchtbares geschehen ist, wie man in Heidelberg gegen die armen Studenten brutal mit Polizeiterror vorgegangen ist, was die „Kultusadministration“ Schlimmes geäußert hat, daß der Rektor mit der Polizei gedroht habe, daß ein Reporter [häufig eigene Leute] schrecklich mißhandelt worden sei [der muß dann selbst auftreten, und wie schnell wird man sich bei seinem farbigen Bericht entrüsten! — Oder die Frau eines „Opfers des Staatsterrors“ muß mit weinenden kleinen Kindern auftreten]). — NB: Hier soll nicht etwa das Ungute bei bestimmten Polizeiaktionen beschönigt oder abgestritten werden: Es soll nur gezeigt werden, wie man auf die Menschlichkeiten der „Gegner“, ihre Verletzlichkeit kaltblütig spekuliert und sie für eigene Zwecke rücksichtslos ausnutzt! Übertreibungen und Unwahrhaftigkeiten sind hier in jedem Maß zugelassen. Ein eigenes Vokabular im Kampf gegen die Behörden ist hier langsam gewachsen.

Falsche Alternativen müssen den Leuten eingeredet werden (vgl. oben). Nie darf eine dritte Meinung gelten. „Kritisches Bewußtsein“ und „politisches Handeln“ sind nur in ihrer eigenen Ideologie möglich. Hier zeigt sich wieder deutlich der letzten Endes faschistische Charakter.

Man beginnt mit den „Anliegen aller“. Der Katalog der Forderungen wird unbemerkt im eigenen Sinne erweitert.

Manipulieren der Rednerliste (möglicherweise durch Führen von 2 Rednerlisten oder durch Mitbringen einer vorbereiteten Liste; ab und zu läßt man dann auch andere an das Mikrofon). Leute, die der ganzen Gruppe gut bekannt sind, muß man natürlich vorlassen, auch wenn sie dem gegnerischen Lager angehören. Jeder kennt sein Sprüchlein, das er sagen muß; er hat immer wieder in diese Kerbe zu hauen. Die Rollen werden evtl. während der Versammlung schnell noch verteilt, neue Taktiken festgelegt. Dazu sind ständig Agitatoren unterwegs. (Auch das ist ein Grund, die Gruppe sichtbar vor allen geschlossen aufzubauen: Eine solche sichtbare Agitation wirkt verunsichernd auf die übrigen.) Bisweilen beantragt man einen eigenen Diskussionsleiter, zumal wenn Leute überhaupt nicht zu einer Diskussion zusammengekommen sind. Wenn die Diskussionsleitung nicht rechtzeitig eine Rednerliste aufgestellt hat, hat man schnell selbst eine zur Hand. Die Sprecher aus dem Plenum werden von eigenen Leuten umstellt, durch Zwischenrufe unsicher gemacht und möglichst im Reden unterbrochen. Sollte die Versammlungsleitung nicht aus eigenen Leuten bestehen, wird sie ständig als unfähig, voreingenommen usf., angegriffen. Es muß der Eindruck entstehen, daß sie der Lage nicht gewachsen ist.

Möglichst viel Unruhe und Unordnung hilft, die Versammlung im eigenen Geist umzubauen.

Anträge

Wenn die Situation günstig ist, muß schnellstens ein Antrag eingebracht werden. Irgendeiner der Gruppe steht immer auf der Liste, der wird dann angewiesen, den Antrag zu stellen.

Wenn das Blatt sich gegen die eigene Gruppe wendet, werden durch Anträge zur Geschäftsordnung die übrigen vorgemerkten Redner am Sprechen gehindert (irgend et-

was Emotionales wird sich schon finden, womit man sofort eine neue Diskussion in Gang bringt).

Durch die neue Situation fällt bisher Diskutiertes oft unter den Tisch, ganze Rednerlisten kann man so zu Fall bringen.

Überspitzte Forderungen werden gerne gestellt, bei denen die Verhandlungspartner (Universitätsleitung, Professoren, Schulleitung, Ministerien) sicher nicht ja sagen können. Reaktion: Da seht ihr's! Die wollen uns nicht entgegenkommen!

Umgang mit Gegnern

Solidarität der Gruppe. Sie muß gut formiert sein, im Ernstfall immer einig. Man rechnet mit der Dummheit und dem Disengagement der übrigen. Jede Schwäche der Gegner, auch die kleinste, wird voll ausgenutzt. Fairneß gibt es nicht, nur Kampf bis aufs Messer.

Jede Methode ist erlaubt, wenn sie zum Ziel führt (möglichst nur keine einklagbaren Beleidigungen). Wenn aber ein anderer auch nur entfernt ähnliche Methoden anwendet oder sich nur seiner Haut wehrt, schreien sie Zeter und Mordio: von der unfeinen Art, die eines Schülers oder Studenten unwürdig ist, und von der bösen Absicht, mit der man ihre guten und so wohlausgesuchten Einsätze für die Allgemeinheit zu zerstören sucht (wenn sie sich so moralisch geben, entrüstet sich sofort die Masse der unkritischen Hörer mit, wenn sie sich beklagen, hat alle Welt mit ihnen Mitleid).

Ghandi über Sit-ins

Über das „Dharna-Sitzen“ schreibt Gandhi unterm 2. Februar 1922 in „Yong India“:

Einige Studenten der Universität Kalkutta haben den barbarischen Brauch des „Dharna-Sitzens“ erneuert. Glücklicherweise wurde der Sache, kaum daß sie wieder aufleben wollte, auch schon Einhalt geboten. Sie versperrten ihren Mitschülern, die nach der Universität gehen wollten, dort die Gebühren zu bezahlen oder Beamte des Erziehungsdepartements zu sprechen, den Weg (indem sie sich nebeneinander auf den Boden legten). Ich nenne es barbarisch, weil es in sehr roher Form versucht, auf andere einen Zwang auszuüben. Es ist auch feig, denn wenn einer „Dharna sitzt“, weiß er zum vornherein, daß keiner über ihn wegschreiten wird. Gewalttätig kann man den Brauch allerdings nicht nennen, aber er ist noch schlimmer als gewalttätig. Wenn wir unsern Widersacher schlagen, geben wir ihm wenigstens die Möglichkeit, den Schlag zu erwidern. Fordern wir ihn heraus, über uns wegzuschreiten, wo wir doch wissen, daß er es nicht tun wird, so versetzen wir ihn in eine peinliche und demütigende Lage. Ich weiß, daß die übereifrigen Studenten, die „Dharna saßen“, nicht im entferntesten daran dachten, eine barbarische Handlung zu begehen. Jemand aber, von dem wir erwarten, daß er der Stimme seines Gewissens folgend auch als einzelner gegen eine Übermacht auftritt, darf sich nicht gestatten, gedankenlos zu handeln. Wenn die Non-Kooperation versagt, ist innere Schwäche schuld daran, sonst nichts. Für die Non-Kooperation gibt es keine Niederlage. Sie versagt nie. Doch können ihre sogenannten Anhänger ihre Sache so schlecht vertreten, daß es Draußenstehenden scheinen mag, die Sache selber habe versagt. Die Non-Kooperatoren mögen deshalb alles wohl bedenken, was sie unternehmen. Wir dürfen uns keiner Ungeduld, keiner barbarischen Handlungen, keiner Unverschämtheiten, keines ungehörigen Zwanges schuldig machen. Wenn wir den Geist wahrer Demokratie pflegen wollen, dürfen wir nicht unduldsam sein. Unduldsamkeit ist ein Zeichen von Mangel an Vertrauen in seine Sache.

Zitiert nach J. J. Doke „Ghandi in Südafrika“ — Erlenbach/Zürich 1925.

Jede Art von Formalismus ist den Gruppen lieb, solange sie nützt. Bedient sich der Gegner dieser Methoden und wendet sie gegen sie an, schreit man laut vom „Scheißformalismus“ und hat damit wenigstens noch die Lacher auf seiner Seite.

Kampfmethode 1: Gegner werden so lange provoziert, bis sie aus der Rolle fallen (schreien, fortlaufen, weinen, Polizei rufen). Man spielt den Wilden, bis der Gegner wild wird, dann stellt man sich sachlich, um ihn zu beschämen.

Kampfmethode 2: Falsche Alternativen werden so lange und so deutlich der Masse eingeredet (s. oben), bis klar ist, daß der Gegner nur einen rettungslos verlorenen Posten einnehmen kann. Der Standpunkt der anderen muß völlig verteuelt und als ganz und gar haltlos, als schlimm, als gegen jedes Menschliche abgetan werden.

Kampfmethode 3: Abstempeln des Gegners als: rechts, repressiv, faschistisch, faschistoid, scheinliberal. Man redet von „diesen Leuten“, „dem Herrn dort oben“ oder man wird persönlich: „das Mädchen mit der kreischenden Stimme“, „die Dame mit den langen Haaren und den kurzen Argumenten“... Immer wieder wird dem Gegner, vor allem, wenn er die Leitung einer Veranstaltung innehat, Unfähigkeit vorgeworfen.

Weitere Taktiken

Niemals gibt es einen sachlichen Kompromiß. Die eigene Meinung ist **immer voll** richtig. Wenn es aber ums Taktische geht, wird jeder erreichbare Kompromiß sofort geschlossen. Wenn man einsieht, daß man anders nicht zum Ziel kommt, kann es sein, daß man binnen 5 Minuten einen gegenteiligen Standpunkt vertritt.

Vorschläge von anderen, die der eigenen Gruppe gefährlich werden könnten, werden ausgebuht, lächerlich

Die Gruppe ist durch ihre Solidarisierungsmaßnahmen selbst beinahe immun und unangreifbar. Alle stehen jederzeit für einen; Angreifer und solche, die etwas Negatives über sie zu sagen haben, werden entsprechend kleingemacht (vgl. Richter usw.).

Methoden zur Abwehr dieser Gruppen

Es gibt eigentlich nur eine Möglichkeit, sich dieser Gruppen zu erwehren: Außerordentliches Engagement, eigene Gruppen, die nicht von den vorhin genannten „APO“-Gruppen gesteuert oder unterwandert sind. Solange nicht Gruppen von Studenten und Schülern sich intensiv um die Neugestaltung von Schule und Universität bemühen, mit Plan und Ziel, viel Zeit und Energie, kann hier nichts anders werden.

Alle Aufmerksamkeit sollte man auf die Arbeit dieser bestimmten Gruppen wenden. Jedes Zeichen, daß hier solche Gruppen am Werk sind, ist ernstzunehmen. Man muß dabei sehr nüchtern denken, darf sich nicht blaffen lassen durch scheinbare Agilität im politischen Bereich. Man darf sich auch nicht durch Gutmütigkeit und Toleranz überrennen lassen. Im Anfang kann man oft noch mit einigen der Leute reden, dann nämlich, wenn sie noch nicht in die Schule der Agitatoren geraten sind. Wehret den Anfängen! Achtung bei allen Wahlen! Es gibt immer noch zu viele einfältige Professoren, Lehrer, Studenten, Schüler, die sich von den Leuten einwickeln lassen.

Schülern und Studenten muß es ebenso klargemacht werden wie Eltern, Lehrern, Professoren, daß die Alternative nicht zwischen „den kritischen Studenten...“ und allen anderen besteht! Man muß eine gute andere Möglichkeit anzubieten haben und absichern gegen jede Agitation. Nie sollte man sich vor den Karren dieser Leute spannen lassen, auch nicht im Kleinsten! Nie mitlaufen, nie von ihnen irgendeine Hilfe annehmen.

Es wäre selbstverständlich das Beste, an einer Schule oder Universität wäre nichts auszusetzen. Das kann es natürlich nicht geben. Sicher aber kann man die Schwierigkeiten und besonderen Ansatzpunkte verringern. Dort, wo wirklich, im rechten Sinn, fortschrittlich gearbeitet wird, haben es die „APO“-Gruppen bekanntlich außerordentlich schwer.

Niemand sollte sich provozieren lassen. Immer sofort sachlich klar und deutlich, in der Form kühl und nüchtern, in der Sache unerbittlich hart jeden Anwurf zurückgeben. Keine Angst! Schüler und Studenten sollten sich zur Härte im Nehmen erziehen, man sollte ihnen dabei helfen. Sie müssen solidarisiert sein. Jeden, der etwas zu sagen oder ein Amt zu verwalten hat, muß man vor Isolierung bewahren. Helfen, daß keiner resigniert im Kampf gegen diese Taktiker (das ist ja ein Bestandteil ihrer Taktik!). Sich Publikationsorgane nicht aus der Hand nehmen oder unterwandern lassen. Keine Angst haben, auch einmal eine Meinung zu vertreten, die gegen die Masse und gegen den Meinungsterror von „APO“-Seite kommt (z. B. in sexuellen Fragen, Stellung zur Bundeswehr, DDR usw.).

Die Gruppen, die sich gebildet haben, beim Wort nehmen. Ihre Versprechungen von ihnen einklagen. Wenn nötig, ihre Arbeit mit deren negativen Vorzeichen entlarven.

„Vollversammlungen“ und ähnliche Massenversammlungen vermeiden. Hier **kann** nicht vernünftig agiert werden!

Bei allen Diskussionen, Versammlungen usw. niemals die Diskussionsleitung aus der Hand geben. Durch sauberste Gesprächsführung auf möglichstes Vermeiden von Fehlern im Führen des Gesprächs kann man sich vor allzu starken Angriffen schützen.

Sollte eine solche Gruppe durch unsachliche, böswillige oder auch gewalttätige Maßnahmen versuchen, sich durchzusetzen, möchte man niemals mit denselben Mitteln zurückschlagen; vor allen Dingen ist zu wiederholen: niemals durch Provokation sich zu affektiven und unsachlichen Äußerungen hinreißen lassen. Bei Versammlungen müßte man selbst alle Formalien kennen, um u. U. mit Anträgen zur Geschäftsordnung, Schluß der Debatte o. ä. selbst den Gang der Ereignisse in der Hand zu behalten.

ADD

ALLES FÜR ALLE REISEN

Ihr Reisebüro in
Frankfurt
Kaiserstraße 14
Telefon 2 05 76

**HAPAG
LLOYD**

REISEBÜRO

gemacht oder so lange schein-ernst diskutiert, bis die meisten Teilnehmer einer Veranstaltung aufgebrochen sind.

Mit Professoren, Lehrern u. a. „oberen Behörden“ hat man grundsätzlich nichts gemein. Zur Zeit der harten Auseinandersetzungen hieße mit ihnen zu beraten „Kollaboration“! Ihre Interessen sind nicht unsere. Sie vertreten die „spätkapitalistische Bourgeoisie“. Sie sind Handlanger oder Verbündete der Repression. Die Klassenkampfideologie wird kräftig geschürt!

Man arbeitet sich in Gremien hinein (durch gegenseitiges Hochjubeln in Wahlversammlungen zum Beispiel. Kann man bei größeren Wahlen keine Mehrheit erreichen, muß die Wahl anderweitig ungültig gemacht werden. Man schmuggelt Wahlstimmzettel in Urnen, oder es fehlt plötzlich eine Wahlurne...) Die Gremien, in die man hineingekommen ist, macht man baldmöglichst durch Boykott oder Rücktritt arbeitsunfähig. Man will dadurch anderen den legalen Boden unter den Füßen wegziehen.

Potentielle Gegner werden dadurch ausgeschaltet, daß man alle Publikations- oder Presseorgane sich selbst einverleibt (AStA-Informationen, Schülerzeitungen).

MINIMA LEGALIA

Bedingungen einer Hochschulgesetzgebung

Gesetze und Gesetzentwürfe zur Hochschulorganisation geraten immer stärker in den Strudel des Wahlkampfes. Es wird in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, als könnten durch bloße Organisationsmaßnahmen Ruhe und Ordnung an den Universitäten wiederhergestellt und die dringlichsten Reformprobleme gelöst werden.

Die Westdeutsche Rektorenkonferenz hat verschiedentlich darauf hingewiesen, daß Fragen der Organisationsreform und des Ordnungsrechts einseitig und unsachgemäß in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt worden sind.

Sie sieht die dringlichste Aufgabe darin, im Rahmen einer umfassenden Reform des Bildungswesens die Studiengänge und Berufsbilder neu zu ordnen, den Universitäten die Bewältigung des wachsenden Druckes einer Überfüllung zu ermöglichen, die Personalstruktur der Universitäten elastischer und funktionsgerechter zu gestalten und ihnen einen finanziellen Bewegungsspielraum zu geben, der ihnen eine längerfristige Planung ermöglicht.

Nur unter diesem Vorbehalt hat sie ihre Empfehlungen zur Neuordnung der Hochschulselbstverwaltung ausgesprochen.

Angesichts der jüngsten Gesetze und Gesetzentwürfe muß die WRK erneut feststellen, daß die Universität ihre wissenschaftlichen Aufgaben und ihren Ausbildungsauftrag nur erfüllen kann, wenn folgende Voraussetzungen gesichert sind:

1. Die Universitätskörperschaft bedarf einer Einheitsverwaltung unter einer kontinuierlichen Spitze; diese darf nicht gegen den Willen der Universität von der Landesregierung eingesetzt werden.
Das Verhältnis zwischen staatlicher Verwaltung und Universität, einschließlich der Aufsichtsrechte, ist gesetzlich so zu regeln, daß die Eigenständigkeit der Universität als Körperschaft und die Freiheit von Forschung, Lehre und Studium gewährleistet werden und die Zusammenarbeit zwischen Universität und staatlicher Verwaltung gesichert ist.
2. Inhalt und Umfang des Ausbildungsauftrages der Universität dürfen nicht ohne ihre Mitwirkung festgelegt werden.
3. Gesetze, welche die im Grundgesetz Art. 5,3 geschützte Freiheit von Forschung und Lehre verletzen — etwa durch Unterwerfung unter Mehrheitsentscheidungen (z. B. bei der Wahl der Forschungsgegenstände und in Fragen der Lehrmeinungen) —, können nicht hingenommen werden. Soweit Kompetenzen von Universitätsorganen für die Organisation der Forschung begründet sind, können die Entscheidungen nur von Personen gefällt werden, die entsprechend qualifiziert sind. Die Freiheit von Forschung und Lehre ist durch eine der jeweiligen Funktion angemessene Grundausrüstung aller Hochschullehrer zu sichern.
4. An Entscheidungen über akademische Prüfungen können nur diejenigen stimmberechtigt mitwirken, die die entsprechenden Qualifikationen nachgewiesen haben. Entscheidungen über Berufungs- oder Ernennungsvorschläge müssen von der Mehrheit derjenigen getragen werden, die selbst mindestens entsprechend ausgewiesen sind. Dies schließt die Anhörung bzw. Mitberatung anderer Mitglieder der Universität nicht aus.
5. Die Kollegialorgane der Universität sind nach den Grundsätzen der qualitativen Repräsentation unter maßgeblicher Berücksichtigung der fachlichen Struktur der Universität zu bilden. Durch geeignete Wahlverfahren ist eine repräsentative Vertretung der Mitglieder der Universitätskörperschaft zu gewährleisten. Ihre Vertreter werden für eine Amtszeit gewählt, welche eine den entsprechenden Organen angemessene Kontinuität sichert. Sie dürfen an Weisungen nicht gebunden werden.

Diese Grundsätze sind unabdingbar. Sie müssen rechtlich gewährleistet sein. Alle Mitglieder der Universität sind aufgerufen zu prüfen, ob sie an einer Universitätsreform verantwortlich mitwirken können, welche diese Grundsätze verletzt.

(73. Plenarversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Hannover, 29. 5. 69)

Nicht vergessen!

Zählen Sie
auf uns,
wenn
es an's
Zahlen geht!



Wir springen in die Bresche, wenn es passiert. Wenn Sie haftbar gemacht werden und zahlen müssen. Dann zahlen wir für Sie - oder wehren unberechtigte Forderungen ab (notfalls durch Prozeß).

Ob privat oder im Beruf, es gibt Risiken, die Sie nicht ausschalten können. Was Sie ausschalten können, sind die finanziellen Folgen. Schützen Sie sich vor finanziellen Schäden im Beruf und im privaten Bereich mit unseren günstigen Tarifen. Dann können Sie beruhigt in die Zukunft sehen. Fast nichts kann Ihre finanzielle Sicherheit gefährden.

Was das kostet? Durch unsere individuelle Tarifgestaltung sind die Prämien sehr gering. Sie sollten sich informieren. Natürlich unverbindlich und kostenlos und dann besonnen vergleichen (wir dürfen das leider nicht). Dann können Sie sicher sein, daß Sie bestens abschneiden. Schicken Sie uns diesen Gutschein für kostenlose Schnellinformation.



DEUTSCHE BEAMTEN-VERSICHERUNGSGRUPPE

Zentraldirektion:
62 Wiesbaden, Frankfurter Straße 50, Ruf 3631

DBV-EXPERTEN FÜR IHRE SICHERHEIT

Übrigens: Die DBV, die »Mutter« der DBV-Gruppe, ist die größte öffentlichrechtliche Lebens- und Rentenversicherungsanstalt Deutschlands.

GUTSCHEIN

Bitte, informieren Sie mich kostenlos und unverbindlich über Ihre individuellen Tarife. Mich interessieren besonders die angekreuzten Versicherungsarten:

- | | |
|---|--|
| <input type="radio"/> Pensionszusatz-Versorgung | <input type="radio"/> Kranken-Versicherung |
| <input type="radio"/> Lebensversicherung | <input type="radio"/> Hausrat-Versicherung |
| <input type="radio"/> Rentenversicherung | <input type="radio"/> Wohngebäude-Versicherung |
| <input type="radio"/> Berufsausbildungs-Vers. | <input type="radio"/> Geschäfts-Versicherung |
| <input type="radio"/> Aussteuer-Versicherung | <input type="radio"/> Haftpflicht-Versicherung |
| <input type="radio"/> Unfall-Versicherung | <input type="radio"/> Kraftverkehrs-Versicherung |
| | <input type="radio"/> Rechtsschutz-Versicherung |

18

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

Dokumentation über die Störungen der Vorlesung

„Allgemeine Volkswirtschaftslehre: Theorie der Einzelwirtschaften“ und der dazugehörigen Übung
(Prof. Heinz Sauer mann) im Sommersemester 1969

22. 4. 1969 Übung 8.30—10.00 h, Hörsaal V

Bei gefülltem Hörsaal (ca. 750 Teilnehmer) beginnt nach wenigen Minuten durch unsachgemäße Fragen (z. B. Was tragen Modellannahmen zur Erklärung des kapitalistischen Systems in der Bundesrepublik bei?) die Störung. Sachfragen und solche, die man bei großzügiger Auslegung noch als solche bezeichnen kann, werden beantwortet. Es ist bald erkennbar, daß die Störung systematisch betrieben wird und geplant ist. Es beteiligen sich aktiv ca. fünf bis acht Anwesende. Es entwickelt sich eine große Unruhe, die bedrohlich wächst, als sich einige Hörer energischer gegen die Störer wenden. Erst gegen Schluß tritt wieder Ruhe ein, so daß die Übung einige Minuten durchgeführt werden kann.

22. 4. 1969 Vorlesung 11.15—12.00, Hörsaal V

Sofort bei Beginn wird bei vollbesetztem Hörsaal von den Störern der Übung verlangt, daß über Form und Inhalt der Vorlesung und Übung diskutiert wird. Prof. Sauer mann erklärt sich zur Diskussion bereit, jedoch nicht in der Vorlesung, und besteht auf seinen Pflichten und Rechten, den Stoff seiner angekündigten Vorlesung vorzutragen. Es häufen sich neben unsachgemäßen Fragen andere provokatorische Äußerungen. Die Unruhe unter den studierwilligen Hörern steigert sich. Schließlich kann Prof. Sauer mann noch zehn Minuten seinen Vorlesungsstoff vortragen.

29. 4. 1969 Übung 8.30—10.00, Hörsaal V

Unmittelbar nach Beginn Störungen in der bekannten Taktik der unsachgemäßen, provokatorischen Fragen. Die Verteilung von Störern im Hörsaal wird deutlich. Nach wenigen Minuten betritt eine Gruppe von 15—20 Personen den Hörsaal. Sie geht geschlossen zum Podium. Ein Sprecher verlangt das Mikrophon zur Abgabe einer Erklärung. Die Unruhe steigert sich zum Tumult. Prof. Sauer mann verweigert das Mikrophon, das er festhalten muß. Er fordert die Störer auf, Ruhe zu halten oder den Hörsaal zu verlassen. Er muß diese Aufforderung wiederholen. Von dem Studenten Schindler wird ihm nun das Mikrophon entrisen. Prof. Sauer mann hat ihm vorher darauf aufmerksam gemacht, daß er ihn kenne. Er verläßt mit seinen vier Assistenten den Hörsaal.

30. 4. 1969

Prof. Sauer mann schreibt an den Minister, daß er ihn um Sicherung seines Rechtes auf Freiheit der Lehre und Forschung ersuche und seine Vorlesung und Übung, die gestört worden sind, einstweilen einstellt.

13. 5. 1969

Nach Einstellung seiner Vorlesung und Übung hört Prof. Sauer mann von der Bildung sogenannter studentischer „Arbeitsgruppen“ unter unerlaubter Verwendung seines Namens (Sauer mann-AG). Flugblatt mit einer Resolution der WISO-„Basisgruppe“ mit Forderungen an Prof. Sauer mann, u. a. für „Arbeitsgruppen“ der Studenten Scheine auszustellen. Diese Resolution soll mit nur zwei Gegenstimmen von der „Vollversammlung“ der Fachschaft der WISO-Fakultät angenommen worden sein.

22. 5. 1969

Acht Vertreter von vier „Arbeitsgruppen“ kommen in Prof. Sauer manns Sprechstunde, um zu erfahren, ob er bereit ist, Scheine auszustellen. Er verneint. Er diskutiert zwei Stunden mit den „Abgeordneten“. Am Schluß stellt er die Frage, wie sie sich zu einer Wiederaufnahme seiner Übung stellen würden. Sie können ihm darauf keine Antwort geben und behalten sich „alle weiteren Schritte vor“. Prof. Sauer mann fordert sie auf, ihm innerhalb einer Woche ihre Stellungnahme mitzuteilen, und weist darauf hin, daß das restliche Semester dann noch ausreichen könnte, um wenigstens zwei Klausuren (zur Erwerbung des Scheines) zu schreiben.

29. 5. 1969

Auf seine Frage vom 22. 5. 1969 hat Prof. Sauer mann keine

Antwort erhalten. Statt dessen erfährt er von der Diskussion in einer der „Arbeitsgruppen“. Im Hörsaal H VI diskutieren 18 Mann von 11—12 Uhr. Inhalt der Diskussion: Sauer mann gibt keine Scheine. Trotzdem will man sich nicht auflösen, sondern weitermachen und Sauer mann und Werner Hofmann diskutieren. Wichtigstes Problem ist die institutionelle Anerkennung der „Arbeitsgruppen“ durch die Universität. Sauer mann ist Präzedenzfall. Stellt er keine Räume zur Verfügung, muß das Problem „öffentlich gemacht werden“. Programm: Diskussion in Vorlesungen, Gruppenbesetzungen von Seminaren, Besetzung von Seminarräumen etc. **Solidarisierung der Studenten wird nur bei Polizeieinsatz erreicht. Überlegung, wie Polizeieinsatz provoziert werden kann.** Kein Beschluß.

2. 6. 1969

Nach reiflichen Überlegungen und vielen Besprechungen mit Mitarbeitern und Kollegen hat Prof. Sauer mann sich entschlossen, Vorlesung und Übung in diesem Semester nicht wiederaufzunehmen. Wichtigster Grund: Er wird nichts tun, was den radikalen Störern Grund zu neuen Aktionen, die zu neuen Tumulten mit unvorhersehbarer Entwicklung führen, Veranlassung geben könnte. Vom Minister ist keine Sicherung der Rechte auf Freiheit der Lehre zu erwarten; Prof. Sauer mann hat auf seinen Brief vom 30. 4. 1969 keine Antwort erhalten.

3. 6. 1969

Gegen 8.45 Uhr versammelten sich insgesamt 56 Mitglieder der Arbeitsgruppen im sogenannten Plenum wie bisher in Hörsaal V. Kurz vor 9.00 Uhr erklärte ein Sprecher der Gruppe, daß man nunmehr zur Besetzung der Seminarräume von Prof. Sauer mann schreiten werde. Gegen 9.00 Uhr erschien eine größere Gruppe vor dem Assistentenarbeitsraum 442 und kurz danach eine Arbeitsgruppe in den beiden Assistentenräumen 515 und 516. Dort haben sie entgegen der Behauptung des AStA-Flugblattes niemals getagt. Man verlangte von den Assistenten die Schlüssel für die Seminarräume. Die Assistenten erklärten, daß sie nicht befugt seien, Schlüssel herauszugeben. Es wurde angeboten, Prof. Sauer mann zu verständigigen. Mit dem Hinweis, daß man dessen Meinung kenne, wurde dies abgelehnt. Von den Teilnehmern wurde dann erklärt, daß man dann in den Assistentenräumen tagen werde und diese hiermit vergesellschaftet seien. Die Assistenten bemühten sich klarzumachen, daß dies nicht möglich sei, und forderten sie wiederholt auf, die Räume zu verlassen.

Auf die Veranlassung von Prof. Sauer mann erschienen Herr Assessor Riehn vom Rektorat und Herr Strobel vom Kuratorium und forderten die Studierenden mehrmals im Namen des Rektors auf, die Assistentenzimmer zu verlassen. Als dem nicht Folge geleistet wurde, schritt die Polizei ein und nahm 39 Personen vorläufig fest. Die Arbeitsgruppen versammelten sich im leeren Hörsaal V. Sie sind nicht gestört und nicht vertrieben worden. Mit der Besetzung der Assistentenräume haben sie sich als „Arbeitsgruppen“ unglaubwürdig gemacht.

(Zusammengestellt von Mitarbeitern des Seminars für wirtschaftliche Staatswissenschaften)

Leserbrief

Zu unserem Artikel „Stand der Disziplinarverfahren“ in „uni-report“ 4/69 erhielten wir folgende Stellungnahme: Wir möchten ausdrücklich festhalten, daß wir, die Organisationsleitung des Quartier Latin 1969, keine Anzeige wegen Nötigung bei irgendeiner Instanz erstattet haben. Wir hoffen, daß damit die betreffenden Sätze „Zwei Studenten werden beschuldigt, weil sie Kommilitonen nötigten, ihnen Farbe aus den Beständen des „Quartier Latin“-Materials zu geben, um damit die Wände in der Universität zu beschmierem“, richtiggestellt ist.

Wolf-Dieter Müller
Horst Engelhardt

STUDIENJAHR IN FRANKFURT

In seiner letzten Sitzung hat der Senat die mit der Einführung eines Studienjahres verbundenen Probleme diskutiert. Es wurde beschlossen, vom Wintersemester 1970 an das Studienjahr gemäß der von der Westdeutschen Rektorenkonferenz entwickelten Vorstellungen (siehe unten) einzuführen. Die jetzigen vorlesungsfreien Zeiten sollen beibehalten werden. Alle zur Einführung des Studienjahres erforderlichen Vorbereitungen, insbesondere die Schaffung der rechtlichen und technischen Voraussetzungen, sollen bereits jetzt eingeleitet werden.

Stellungnahme zum „Studienjahr“

(72. Westdeutsche Rektorenkonferenz, Bad Godesberg, 22. April 1969)

Die Kultusministerkonferenz und Westdeutsche Rektorenkonferenz haben eine gemeinsame Kommission eingesetzt, die die Möglichkeit der Einführung eines „Studienjahres“ an den wissenschaftlichen Hochschulen geprüft hat. Die WRK hat den Bericht der Kommission zur Kenntnis genommen und dankt allen Mitgliedern für ihre Arbeit.

Die WRK befürwortet die Einführung eines „Studienjahres“, die die bisherige Semestergliederung teilweise verbessern kann. Das Studienjahr besteht darin, daß die Fachstudien nur einmal im Jahr begonnen werden und daß die Lehrveranstaltungen des ganzen Jahres eine sorgfältig geplante und abgestimmte Einheit bilden.

Die WRK sieht darin folgende Vorteile:

- rationale, stufenförmig aufbauende Gestaltung der Studiengänge,
- Annäherung von Studienjahren und Prüfungsabschnitten (zwei Studienjahre bis zur Vorprüfung, vier Studienjahre bis zur Hauptprüfung).
- Beschränkung der Grundvorlesungen auf einmalige jährliche Abhaltung, dadurch gewisse Entlastung des Lehrkörpers,
- Vereinfachung der Verwaltung durch einmalige Immatrikulation, Gebührenerhebung, Planung des Lehrangebotes usw.

Andere wichtige Reformmaßnahmen sind von der Einführung des Studienjahres nicht unmittelbar berührt:

- Eine bessere Ausnutzung der räumlichen Kapazitäten ist nicht zu erwarten. In den meisten Fächern werden die Räume ständig genutzt, das gilt für die experimentellen und empirisch arbeitenden Wissenschaften wie für Bibliotheken und Seminare in den Geisteswissenschaften.
- Die rationelle Ausnutzung der Forschungskapazitäten hängt von der Entlastung der Hochschullehrer, von übermäßigen Lehr-, Prüfungs- und Verwaltungspflichten, von häufigeren Forschungsfreisemestern und kollegialen Entscheidungsvorgängen im Fachbereich ab.
- Für eine optimale Ausnutzung der Studienzeiten ist ein vertretbares Zahlenverhältnis zwischen Hochschullehrern und Studenten erforderlich. Zudem muß eine genügende Ausstattung mit Laboratorien und Büchern sowie eine volle Förderung schon während der ersten Semester gesichert werden.
- Intensivere Formen des Studiums, vor allem die Arbeit in kleinen Gruppen, sind auf eine Vermehrung der Hochschullehrer, besonders im Mittelbau, angewiesen. Die durch jährliche Abhaltung der Grundvorlesungen eingesparte Zeit der Hochschullehrer ist gemessen am gesamten zusätzlichen Bedarf nur ein Bruchteil.

Die Einführung des Studienjahres kann einen wertvollen Beitrag zur sachgemäßen Studiengestaltung und zur Vereinfachung der Verwaltung leisten. Vor übertriebenen Erwartungen muß aber dringend gewarnt werden:

- Eine Ausdehnung der Vorlesungszeiten kann wegen der Verschiedenheit der Fächer, der nötigen Zeit für die Forschung und der nötigen Zeit für selbständiges Studium nicht befürwortet werden. Auch im Studienjahr wird es zwei Abschnitte von insgesamt sieben Monaten mit Vorlesungen geben. In geeigneten Fächern kommen dazu Kurse, ganztägige Praktika, Repetitorien, Exkursionen etc., die außerhalb der Vorlesungszeit von zusätzlichen Hochschullehrern abgehalten werden.

- Eine Vergrößerung der Lehrverpflichtungen der Hochschullehrer kann nicht geduldet werden, weil darunter notwendig die Forschung leiden müßte.
- Eine ausreichende personelle, räumliche, apparative und bibliotheksmäßige Ausstattung kann nicht durch das „Studienjahr“ ersetzt werden, eine Erweiterung der Kapazitäten ist von ihm nicht zu erwarten.

Einige wichtige Fragen im Zusammenhang mit dem Studienjahr bedürfen noch einer sorgfältigen Abstimmung; dazu gehören:

- zeitliche Einordnung und Abstände der Prüfungen, Wirkungen auf die Freizügigkeit, Wirkung auf Studien im Ausland, Wirkungen auf Wartezeiten beim Numerus clausus.

Außerdem setzt die Einführung des Studienjahres voraus, daß Termine und Dauer des Wehrdienstes keine übermäßigen Wartezeiten verursachen oder durch Ausnahmeregelungen die Vorteile des Studienjahres weitgehend aufheben.

Veranstaltung

Priv.-Doz. Dr. Bartels, Köln, wird am Montag, dem 23. Juni, über „**Neue Wege wirtschaftsgeographischer Analyse**“ sprechen. Die Gastvorlesung findet um 16 Uhr im Hörsaal I statt.

Antrittsvorlesungen

Der Privatdozent Dr. rer. nat. Nikolaus Seiler (Biochemie) hält seine Antrittsvorlesung am Mittwoch, dem 18. Juni, um 12 Uhr im Hörsaal H 2 über „Die chemische Übertragung von Nervenenergie an Synapsen“.

„Das Kaffeearoma“ ist das Thema der Antrittsvorlesung des Privatdozenten für Lebensmittelchemie Dr. phil. nat. Gerhard Maier. Die Vorlesung ist am Mittwoch, dem 25. Juni, um 12 Uhr im Hörsaal H 2.

Interne Leichtathletikmeisterschaften der Universität Frankfurt a. M.

Teilnahme: Eingeladen sind alle an der Universität Frankfurt a. M. immatrikulierten Studentinnen und Studenten. Wir möchten auch solche Kommilitoninnen und Kommilitonen zur Teilnahme ermutigen, die keinem Sportverein angehören oder bisher noch niemals bei einem Leichtathletikwettbewerb gestartet sind

Termin: Mittwoch, 18. Juni 1969

Ort: Stadion, Sportplatz an der Wintersporthalle (Umkleieräume unter der Haupttribüne)

Beginn: 17.00 Uhr, Ende: 19.00 Uhr

Wettkampfprogramm:

Männer:
800 m
Dreikampf A: 110 m Hürden, Diskus, Hochsprung
Dreikampf B: 100 m, Kugelstoßen, Weitsprung

Frauen:
Dreikampf: 100 m, Kugelstoßen, Weitsprung

Einladungswettbewerbe:

100 m — Männer
100 m — Frauen
4×400 m

Hallenhandballspiel der Universitätsmannschaft
Fußballspiel der I.f.L.-Mannschaft

Anmeldungen: Institut für Leibesübungen — Geschäftszimmer, oder bei den Übungsleitern des Freiwilligen Sportes

Anmeldeschluß: notfalls noch im Stadion

gez. Wieland
Stud.-Rat

gez. Sauer
Sportreferent

Personalien

Einen Ruf an eine andere Universität haben erhalten:

Priv.-Doz. iur. Gunter **Gudian** (Deutsche Rechtsgeschichte und Bürgerl. Recht) auf den Lehrstuhl für Rechtsgeschichte an der Juristischen Fakultät der Universität Köln.

Prof. Dr. phil. Herbert **Rauter** (Englische Philologie), Dekan der Philosophischen Fakultät, auf das Ordinariat für Anglistik II an der Universität Düsseldorf.

Prof. Dr. med. Joachim **Gerchow** (Gerichtliche und soziale Medizin) auf den Lehrstuhl für Gerichtliche und soziale Medizin an der Universität Kiel.

Einen Ruf an eine andere Universität hat abgelehnt:

Prof. Dr. phil. Helmut **Brackert** hat das an ihn ergangene Angebot der University of Massachusetts (Amherst, Mass., USA) abgelehnt.

Einen Ruf an eine andere Universität haben angenommen:

Priv.-Doz. Dr. rer. pol. Reinhard **Selten** (Volkswirtschaftslehre) auf einen Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre an der Freien Universität Berlin.

Priv.-Doz. Dr. iur. Eckard **Rehbinder** (Bürgerl., Handels- und Wirtschaftsrecht, Internationales Privatrecht u. Rechtsvergleich) auf den ordentlichen Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Handelsrecht und Rechtsvergleichung an der Universität Bielefeld.

Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Heinzwerner **Preuß** (Theoret. Physikal. Chemie) auf das Ordinariat für Theoretische Chemie an der Universität Stuttgart.

Priv.-Doz. Dr. rer. nat. Max G. **Huber** (Physik) wurde zum ordentlichen Professor an der Universität Erlangen-Nürnberg ernannt.

Wiss. Rat und Prof. Dr. phil. nat. Peter **Dembowski** (Mathematik) auf ein Ordinariat für Mathematik der Universität Tübingen.

Prof. Dr. med. Otto **Käser** (Geburtshilfe und Gynäkologie) als Direktor der Universitäts-Frauenklinik Basel.

Priv.-Doz. Dr. phil. nat. Otto **Kraus** (Zoologie) auf das Ordinariat für Zoologie an der Universität Hamburg.

Lehrstuhlvertretungen an der Universität Frankfurt

Prof. Dr. Wolfgang **Heipertz** wurde bis auf weiteres in der kommissarischen Vertretung des ordentlichen Lehrstuhls für Orthopädie beauftragt.

Prof. Dr. Hans P. **Schmidt** (Univ. Hamburg) hat für das Sommersemester 1969 die kommissarische Vertretung des ordentlichen Lehrstuhls für Evangelische Theologie übernommen.

Priv.-Doz. Dr. iur. Günther **Kohlmann** den ordentlichen Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozeß und Rechtsphilosophie für das Sommersemester 1969.

Priv.-Doz. Dr. Ralph-Rainer **Wuthenow** wurde mit der komm. Wahrnehmung des ord. Lehrstuhls für Deutsche Philologie beauftragt.

Vertretung eines Lehrstuhls an einer anderen Universität:

Dr. phil. Reinhard **Lauer** (Übungen zur Einführung in die slawische Literaturwissenschaft) hat für die Zeit vom 1. 4. bis 31. 8. 1969 an der Universität Mannheim den Lehrstuhl für Slawistik vertretungsweise übernommen.

Zum Honorarprofessor wurde ernannt:

Prof. Dr. phil. Gustav Heinrich **Ralph** von **Koenigswald** in der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt.

Prof. von **Koenigswald** (geb. 1902 in Berlin), der als Experte auf dem Forschungsgebiet über den fossilen Menschen gilt, war von 1931 bis 1948 als Mitglied des Geologischen Dienstes von Niederländisch-Indien im asiatischen Raum tätig. 1948 bis 1968 hatte er eine Professur für Stratigraphie und Paläontologie in Utrecht/Holland inne und unternahm während dieser Zeit eine Reihe von Expeditionen nach Afrika und Südostasien. 1968 kam er nach Frankfurt, um im Senckenbergischen Forschungsinstitut und Museum die Sektion für Paläoanthropologie aufzubauen, und brachte seine eigene umfangreiche Sammlung mit.

Prof. von **Koenigswald** ist Mitglied der Königlich-Niederländischen Akademie der Wissenschaften und Inhaber der Huxley-Medaille der Royal Anthropological Society of London sowie der Darwin-Plakette der Leopoldina. Er erhielt den Werner-Reimers-Stiftungs-Preis 1968 und ist Ehrenmitglied der Accademia Valdarnese del Poggio zu Montevarchi sowie Mitglied der Paläontological Society of India und der New York Academie of Science.

Zum Wissenschaftlichen Rat und Professor wurde ernannt:

Dozent Dr. med. Dr. rer. nat. Christoph **Woenckhaus** (Biochemie).

Christoph **Woenckhaus**, geb. 1929 in Gießen, studierte in Münster Medizin und Chemie. 1959 Promotion an der Medizinischen Fakultät der Universität Münster, 1960 Promotion an der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Univ. Heidelberg. 1966 Habilitation für das Fach Organische Chemie an der Univ. Frankfurt. 1967 Umhabilitation für das Fach Organische Chemie und Biochemie nach Bochum, im Dezember 1968 Umhabilitation nach Frankfurt für das Fach Biochemie.

Herr **Woenckhaus** hat erfolgreich durch seine Arbeiten zur Kenntnis des Wirkungsmechanismus der in der physiologischen Chemie so wichtigen wasserstoffübertragenden Co-Enzyme beigetragen. Er hat u. a. derartige Co-Enzyme sehr rein dargestellt und verschiedene Modelle mit gezielt abgewandelten Struktureigenschaften synthetisiert. In letzter Zeit beschäftigt er sich auch mit der Chemie und Biochemie von Eiweißkörpern.

Verleihung der Bezeichnung „apl. Professor“:

Priv.-Doz. Dr. phil. nat. Rudolf **Meißner** (Geophysik).

Rudolf **Meißner**, geb. 1925 in Dortmund, studierte in Frankfurt. Promotion 1955. Von 1955 bis Ende 1961 war er in der Firma PRAKLA-Hannover, Gesellschaft für praktische Lagerstättenforschung, tätig. Dort übernahm er die Leitung eines seismischen Meßtrupps und führte Untersuchungen in Norddeutschland und in der Bayerischen Melasse durch. Nach seismischen Messungen in verschiedenen Teilen der Sahara wurde er 1959 Koordinator für geophysikalische Interpretationsaufgaben verschiedener Meßtrupps in Nordafrika. Ende 1961 ging er als Assistent an die Universität Frankfurt zurück. Habilitation 1966.

Herr **Meißner** hat sich in den letzten Jahren insbesondere auf dem Gebiet der physikalischen Erforschung der tiefen Erdkruste durch bahnbrechende Arbeiten eine international anerkannte Stellung als Forscher erworben. Er wurde mehrfach eingeladen, auf internationalen Tagungen Vorträge zu halten.

Umhabilitation an die Universität Frankfurt:

apl. Prof. Dr. med. Gerhard **Grundmann** (Universität Tübingen) für das Fach „Chirurgie“.

Die „*Venia legendi*“ und damit die Bezeichnung „Privatdozent“ wurde verliehen an:

Dr. Kurt **Flasch** für das Fach „Philosophie insbesondere Katholische Religionsphilosophie“.

Lehraufträge:

Rechtswissenschaftliche Fakultät:
Regierungsdirektor Dr. Alexander **Böhm** für „Strafrecht und Kriminologie“.

Philosophische Fakultät:
Ludwig **Braun** für „Einführende Übungen in die Klassische Philologie“.

Dr. Dieter **Kimpel** für „Einführung in die Neuere deutsche Literaturwissenschaft“.

Dr. Gerhard **Bauer** für „Deutsche Literatur der Aufklärung“.

Peter **Bulthaupt** für „Naturphilosophie und philosophische Grundlagen der Naturwissenschaft“.

Günter **Lenz** für „Einführung in Probleme und Methoden der Literaturwissenschaft“.

Naturwissenschaftliche Fakultät:
Dipl.-Geol. Dr. Gerhard **Martin** für „Geologische Prospektion“.

Dr. phil. nat. Jens **Frehe** für „Nichtlineare Methoden der angewandten Mathematik“.

Gastprofessoren in der Philosophischen Fakultät der Universität Frankfurt:

Prof. Richard E. **Gross** (Stanford University, California, USA); Prof. Dr. Dr. **Eduard Kroker** (Philosophisch-Theologische Hochschule Königstein/Ts.).

Gastprofessor in der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt:

Dr. N. K. **Glendenning** von der University of California at Berkeley, California, wird im Sommersemester 1969 für 1½ Monate eine Gastprofessur übernehmen. Herr **Glendenning** zählt zu den führenden internationalen Kernphysikern. Durch seine Arbeiten über „gekoppelte Kanäle“, Coulombanregung und Kernstruktur wurde er weltbekannt. Als Leiter einer Abteilung am Lawrence Radiation Laboratory in Berkeley ist er mitten in einer Hochburg der Kernphysik.

Prof. Dr. Kurt **Hirsch** (London), geb. 1906, ist ein Gruppentheoretiker von internationalem Ruf, der durch zahlreiche Veröffentlichungen hervorgetreten ist. Seit 1938 wirkte er an verschiedenen Universitäten in England, seit 1951 ist er Professor der Reinen Mathematik an der Universität London.

Auslandsbeziehungen:

Prof. Dr. M. A., Ph. D. **Thomas Luckmann** (Soziologie) war vom 9. bis 27. Mai 1969 in den USA, um an verschiedenen amerikanischen Universitäten Vorträge zu halten und am Symposium „Secularization and Religion“ an der University of California, Los Angeles (18. bis 22. Mai), teilzunehmen.

Prof. Dr. phil. Iring **Fetscher** (Wissenschaft von der Politik) hat anlässlich der „Deutschen Buchausstellung in Chile“ eine Reihe von Vorträgen in spanischer Sprache über aktuelle Probleme gehalten. Prof. **Fetscher** war vom 14. bis 18. 4. 69 in Chile.

Prof. Dr. iur. **Frhr. Marschall** von **Bieberstein** (Deutsches und ausländisches Bürger- und Handelsrecht und Internat. Privatrecht) nahm vom 10. bis 19. 5. 69 an einer wissenschaftlichen Konferenz der Juristischen Fakultät der Komensky-Universität in Bratislava teil.

Ehrungen:

Prof. **Emil Frey** (Probleme d. Unternehmensführung in der Versicherungswirtschaft) wurde von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln die Würde eines Dr. rer. pol. h. c. verliehen.

Prof. Dr. rer. pol. **Karl Häuser** (Wirtschaftliche Staatswissenschaften) wurde in den Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium der Finanzen berufen.

Prof. Dr. med. **Joachim Frey** (Innere Medizin) wurde in den Aufsichtsrat der „Deutschen Klinik für Diagnostik AG“ in Wiesbaden gewählt.

Prof. Dr. phil. **Friedrich Hahn** (Chemie) wurde das Verdienstkreuz Erster Klasse verliehen.

Der Bundesminister für das Gesundheitswesen hat mit Wirkung vom 19. 3. 1969 Prof. Dr. med. **Günther Heymann**, wissenschaftliches Mitglied und ständiger Vertreter des Direktors des Paul-Ehrlich-Instituts in Frankfurt, als Sachverständigen und stellvertretendes Mitglied für die Bundesrepublik Deutschland in die Kommission „Europäisches Arzneibuch“ beim Europarat berufen.

uni-report

im Universitätsverlag Frankfurt/M.

Herausgeber: Presse- und Informationsstelle der Johann Wolfgang Goethe-Universität.

Redaktion: Klaus **Viedebantt**.

Erscheinungsweise: Unregelmäßig während der Semestermonate, mindestens jedoch dreimal im Semester.

Auflage: 11 000 Exemplare.

Redaktionsanschrift: Universität Frankfurt, 6 Frankfurt am Main, Mertonstraße 17, Telefon 798/25 31 und 798/24 72.

Anzeigen: **Friedrich Schotte**.

Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH.

Bezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber dar.

